

DIE LINKE.

in Friedberg

Anträge des Ortsbeirats Friedberg-Kernstadt werden nicht umgesetzt.

Lesen Sie Seite 3

Radverkehr verbessern!

Fahren Sie Fahrrad? Wenn nicht, haben Sie Glück. Mit dem Auto können Sie sich sicher fortbewegen. Wer in Friedberg aber radelt, erlebt einige unschöne Überraschungen.



Lesen Sie Seite 4

September/Oktober 2022

Kasernengelände:

Stadt will keinen Erstzugriff für bezahlbaren Wohnraum

Nach dem Willen von CDU, SPD und FDP soll die Kaserne schnellstmöglich an einen Investor verkauft werden. Dazu will man nun ein so genanntes Markterkundungsverfahren starten. Der eigentlich beschlossene Erstzugriff für das Kasernengelände entfällt. Damit entfällt aber auch die Chance auf eine nennenswerte Anzahl nachhaltig bezahlbarer Wohnungen für Friedberg.

DIE LINKE. Friedberg stellt sich klar gegen diese Pläne.

■ Der Verzicht auf den Kasernenerwerb ist ein weiterer Sargnagel für den ISEK-Prozess, an dem viele Engagierte mitgearbeitet haben. Die Entscheidung wurde ohne nennenswerte Beratung von CDU, SPD und FDP innerhalb weniger Wochen durchgedrückt. DIE LINKE. hat kein Verständnis für diese

antidemokratische Diskussionsverweigerung bei einer so wichtigen Entscheidung.

■ Beim Verkauf an einen Investor wird es nicht möglich sein, die im Rahmen des ISEK beschlossenen Ziele in der Kaserne umzusetzen. Bei einem Verkauf an einen Investor werden Baupreise und Mieten höher sein als nötig.

Dies ist logisch: Zum einen wird der Kaufpreis, der der

Fortsetzung auf Seite 2

Kasernengelände:

Stadt will keinen Erstzugriff für bezahlbaren Wohnraum

BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) zugute kommt höher sein als der Verkehrswert, der beim Erstzugriff gilt. Zum anderen will der Investor ja auch Gewinn machen.

Dauerhafte Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum wird es bei einem Investorenverkauf nur in homöopathischen Mengen geben. Und die meisten Sozialwohnungen werden nach 10 bis 20 Jahren aus der Preisbindung fallen und wieder dem Markt unterliegen.

Menschen mit niedrigem Einkommen werden aus dem neuen Viertel ausgeschlossen.

Das wollten Bürger:innen im ISEK-Projekt ganz anders: Dort wurde nämlich festgehalten, dass der Erstzugriff wichtig für bezahlbare Wohnungen ist. Aber das bürgerschaftliche En-

gagement wird jetzt weiter abgewertet.

Aus dem juristischen Gutachten, das dem Beschluß beiliegt geht klar hervor, dass die Einflußmöglichkeiten der Stadt bei der so genannten Markterkundung gering sind. Städtebauliche Ziele lassen sich nur bei Wohlwollen des Investors und der BIMA umsetzen.

Auch ist ein Investorenmodell ist mit erheblichen Kosten für die Stadt verbunden. Städtische Infrastruktur wie Kindergärten und die Erweiterung der Kläranlage müssen dann nämlich von der Stadt bezahlt werden. Hier ist mit einem zweistelligen Millionenbetrag zu rechnen. Bei einem Erstzugriff könnte man diese Kosten aus der Vermarktung gegenfinanzieren.

Klar ist, dass ein Erstzugriff mit größeren Risiken verbunden ist. Aber eben auch mit deutlich mehr Ein-

fluss und weniger Kosten. Politisches Gestalten für die Menschen und die Stadt ist eben nicht ohne Risiko möglich. Aber es wäre möglich gewesen.

DIE LINKE. wollte das Erstzugriffverfahren fortführen und das Gelände im Sinne des ISEK abschnittsweise zu einem Vorzeigequartier entwickeln. Die Baulandoffensive Hessen oder die Entwicklungsgesellschaft Rhein/Main hätten dabei Geld und Projektkompetenz einbringen können. Es ist auch machbar, dass in der Stadtverwaltung die nötige Kompetenz für eine fortschrittliche Kasernenentwicklung entsteht. Vielleicht hilft dabei auch ein Wechsel an der Spitze der Verwaltung?!

Die Entscheidung über das Kasernengelände hat bindende Wirkung für tausende Menschen für viele Jahrzehnte. Die Kasernenentwicklung entspricht mit bis zu 5000 möglichen Einwohnern etwa der Größenordnung der Stadtteile Ockstadt und Dorheim. Fragen Sie sich doch einmal, ob Bürgermeister Antkowiak oder der SPD-Fraktions-

chef Rack Ihren Ortsteil auf Basis einer simplen 8-seitigen Vorlage (!) an einen Investor verhöckern würden. Beim Kasernengelände aber haben sie kein Problem damit.

Keine Profite mit Wohnraum!

*Auszug aus dem ISEK:
(Seite 100/101):*

„Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Steuerung der Wohnbauflächenentwicklung einfacher möglich ist, wenn sich die Flächen im Eigentum der Stadt befinden.(...)“

Ein Erstzugriffswunsch durch die Stadt wurde bereits geltend gemacht. (...)

Da hierdurch nicht allein der Höchstpreis über die Vergabe entscheidet, wird zudem weniger potenten Investoren oder Gruppen (z. B. Baugemeinschaften) eine ggf. erfolgreiche Teilnahme am Vergabeverfahren ermöglicht.“

Aus dem Ortsbeirat Kernstadt

Linke Ortsbeirätin beantragt bessere Straßenbeleuchtung in der Carl-Trapp-Straße

Fatma Demirkol, Ortsbeirätin in der Kernstadt Friedberg kümmert sich auch um die kleinen Dinge im Wohnquartier. Ihr Antrag für eine bessere Beleuchtung in der Carl-Trapp-Straße wurde im Ortsbeirat vor Monaten angenommen. Leider werden die Beschlüsse und Vorschläge des Ortsbeirats von der Stadt nicht umgesetzt.

Eine wesentliche Aufgabe einer Straßenbeleuchtung ist es, die öffentliche Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen in der Nacht zu verbessern. Dies ist in der Carl-Trapp-Straße leider nicht gegeben. Dort gibt es nur eine einzige Straßenlaterne oberhalb der Straße. In der Parallelstraße, also in der Peter-Geibel-Straße sind es drei Straßenlaternen. Das ist nicht ausreichend und auch gefährlich. Vor allem in der dunklen Herbst- und Winterzeit. Es kann nicht sein, dass Bürger*innen diese Strecke mit ihren Handytaschenlampen beleuchten müssen, weil sie gefährliche Stellen nicht sehen, wie leicht herausragende Pflastersteine, nasses Laub oder im Winter den rutschigen

Schnee. Zwar besteht keine allgemeine Beleuchtungspflicht aber die Stadt sollte die Sicherheit der Bürger*innen gewährleisten. Davon kann in der dunklen Carl-Trapp-Straße nicht die Rede sein.

Auch nicht umgesetzt: Ortsbeiratsbeschluss zu Ruhebänken auf der Kaiserstraße

Im Juni letzten Jahres nahm der Ortsbeirat einstimmig einen Antrag von Fatma Demirkol an, Sitzbänke auf der Kaiserstraße aufzustellen. Nach mehr als einem Jahr gibt es noch immer keine Bänke. Auf Nachfrage gab es keine befriedigenden Antworten. Wie kann das sein? Reicht denn ein Jahr nicht, um solche Beschlüsse umzusetzen?

Fortsetzung von Seite 1

Radverkehr verbessern!

Aus dem Umland führen inzwischen recht gute Radwege zur Kreisstadt. Doch die Qualität endet abrupt, sobald man Friedberg erreicht: Dann trifft man auf lange Ampelschaltungen, Schlaglöcher, viel zu enge Radwege, mitten auf dem Radweg stehen Ampeln, Radwege enden plötzlich, keine Überwege...



Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Anja ElFechtali
Friedberg. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de
Infos zur Kommunalpolitik
finden Sie auf
www.die-linke-wetterau.de